

Beschluss des Landrats vom 15.12.2021

Nr. 1292

11. Fragestunde der Landratssitzung vom 15./16. Dezember 2021 2021/708; Protokoll: ama, mko

1. Roger Boerlin: Alters- und Pflegeheime BL

Keine Zusatzfragen.

2. Christina Jeanneret-Gris: Impfungen und Testzentrum auch im KSBL

Christina Jeanneret-Gris (FDP) stellt folgende Zusatzfragen: *Woran liegt es, dass das KSBL offenbar nicht fähig ist, ein Impfzentrum einzurichten? Liegt es an der IT oder am Pflegepersonal? Die Rednerin denkt dabei nicht in erster Linie an die aktuelle Corona-Welle, sondern bereits an eine der nächsten. Kann das KSBL unterstützt werden, um doch noch über eine zusätzliche Impfstation zu verfügen? Zweite Zusatzfrage: Wann kommen die Kinderimpfungen?*

Regierungspräsident **Thomas Weber** (SVP) gibt dazu die folgenden Antworten: Auch er hat ein Stück weit mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, dass diverse Spitäler intern impfen konnten, andere jedoch nicht. In der aktuellen Situation waren interne Impfungen am KSBL offenbar aufgrund einer IT-Thematik nicht möglich. Die Leitung des Amtes für Gesundheit wird nun auf jeden Fall auf die Spitalleitung zugehen (CEO und ärztliche Leitung) und erörtern, wie bei einer nächsten Corona-Welle möglichst das Optimum herausgeholt werden kann. Betreffend Kinderimpfungen ist der Impfstoff mittlerweile zugelassen, allerdings wurde er noch nicht geliefert. Die entsprechenden Vorbereitungen laufen zurzeit intensiv, dies bis hin zu einer kindergerechten Umgebung und separaten Impfspuren in den Impfzentren. Sobald der Impfstoff ausgeliefert ist, wird man Kinder impfen können. Zum richtigen Verständnis: Der Kanton ordnet keine Kinderimpfungen an.

3. Jan Kirchmayr: Terminvergaben für Erst- und Boosterimpfungen

Jan Kirchmayr (SP) stellt folgende Zusatzfrage: *Wird die Erinnerung an die Booster-Impfung an alle, welche noch keine entsprechende SMS erhielten, noch nachgeholt?*

Regierungspräsident **Thomas Weber** (SVP) antwortet: Auch hier ist man abhängig von entsprechenden IT-Lösungen, auch wenn sich dies als billige Ausrede anhören mag. Mittlerweile ist bekannt, dass die Möglichkeit der Boosterimpfung für alle besteht. Nun eine erneute SMS zu versenden, teilweise auch an bereits geimpfte Personen, wird nicht als zielführend erachtet.

4. Jan Kirchmayr: Ansteckungen des Lehrpersonals

Jan Kirchmayr (SP) stellt folgende Zusatzfragen: *Welche weiteren Massnahmen hat der Regierungsrat im Köcher, wenn sich die Ansteckungszahlen an den Schulen trotz der neuen Massnahmen nicht reduzieren? Vor zwei Wochen hiess es auf eine Frage von Tania Cucè, es gebe keine rechtliche Grundlage für ein verpflichtendes Testen und die Teilnahme am Breiten Testen an den Schulen. Woher kommt nun der Meinungsumschwung?*

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) gibt dazu die folgenden Antworten: Selbstverständlich wird die Situation weiterhin genau beobachtet. Mit dem verpflichtenden Breiten Testen wird gehofft, dass sich die Situation beruhigen wird. Sollte dies nicht der Fall sein, werden laufend weitere

Massnahmen geprüft. Zur zweiten Frage betreffend die rechtliche Grundlage für ein verpflichtendes Testen: Es bestanden verschiedene juristische Meinungen. Aufgrund der juristischen Abklärungen in der VGD und der BKSD wurde nun eine entsprechende Grundlage in der Verordnung verankert.

5. **Miriam Locher: Corona an den Schulen 1**

Miriam Locher (SP) stellt eine Zusatzfrage: *Welche disziplinarischen Folgen hat es, wenn sich Lehrpersonen wiederholt nicht an Massnahmen halten?*

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) gibt zur Antwort, dass in solchen Fällen das Personalrecht gilt. Innerhalb dieses Personalrechts werden die Schulleitungen die entsprechenden Massnahmen ergreifen.

Roman Brunner (SP) hat eine weitere Zusatzfrage: *An den Kindergärten ist als einzige Massnahme die obligatorische Teilnahme am Breiten Testen vorgesehen. Gibt es noch weitere Massnahmen, um die Kinder und das Personal in den Kindergärten zu schützen?*

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) antwortet, dass die Massnahmen an den Kindergärten sich momentan tatsächlich auf das Breite Testen beschränken. Der Kantonsarzt sah von weiteren Massnahmen ab. Die Situation muss aber laufend beobachtet und analysiert werden.

6. **Marc Schinzel: Eindämmung des Übertragungsrisikos an den Schulen: Masken-tragpflicht ab der 1. Primarschulklasse und 3G für Lehrpersonen**

Marc Schinzel (FDP) stellt die Zusatzfrage, *was man zu tun gedenke, wenn Eltern ihre Kinder nicht testen lassen wollen?*

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) gibt dazu die folgende Antwort: Geht es um den Ersttest. Um nach den Ferien den Unterricht besuchen zu dürfen, müssen sich Kinder automatisch 10 Tage lang in Quarantäne begeben, sofern sie an diesen Tests nicht teilnehmen. Sollten sich Eltern oder Kinder in der Folge weiterhin weigern, an den Tests teilzunehmen, könnten diese Kinder nicht dauerhaft von der Schule ausgeschlossen werden. Dann müssen die Lehrpersonen und Schulleitungen das Gespräch mit den Eltern suchen und allenfalls weitere Disziplinar-massnahmen einleiten.

Pascal Ryf (CVP) hat dem Regierungsrat anlässlich der letzten Landratssitzung eine Frage zum Thema Breites Testen (Lolli-PCR-Tests) gestellt. *Liegt diese Antwort bereits vor?*

Regierungspräsident **Thomas Weber** (SVP) erklärt, diese Pendeuz sei noch hängig. *[mittlerweile erledigt, siehe [Nachtrag](#) zum Protokoll der Landratssitzung vom 02.12.2021]*

7. **Anita Biedert: Volksschule und Covid-19/Omikron**

Anita Biedert (SVP) hat eine Zusatzfrage zur Antwort 7.1: *Wenn Eltern ihre negativ getesteten Kinder aufgrund positiver Fälle in der Klasse zu Hause behalten, wird im schlimmsten Fall ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Wie werden Lehrpersonen in solchen Fällen in der Praxis geschützt?* Für Lehrerinnen und Lehrer stellen derartige Situationen eine Mehrbelastung dar, sie können neben dem Präsenzunterricht nicht noch einzelne Kinder zu Hause betreuen. In derart heiklen Situationen müssten sämtliche Haltungen und Gefühle respektiert werden.

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) hat die Frage nicht verstanden. Dennoch gibt sie die folgende Antwort: Den einen gehen die Massnahmen zu wenig weit, den anderen zu weit. Grundsätzlich kann man die Pandemie nur gemeinsam bewältigen. Der Aufwand ist gross! Es müssen alle Seiten aufeinander zugehen und gemeinsam nach Lösungen suchen. Hat beispielsweise ein Kind ein Problem mit der Maskentragpflicht, so kann es ein ärztliches Attest vorlegen. Dass aber Eltern ihre Kinder einfach zu Hause behalten, weil sie die Schule als einen zu unsicheren Ort empfinden, geht angesichts der bestehenden Schulpflicht nicht. Letztlich geht es um das Wohl des Kindes, daher sind in krassen Fällen Disziplinar massnahmen notwendig, sogar Anzeigen an die KESB. Lehrpersonen, Schulleitungen und Schulräte sind momentan sehr stark gefordert. Man versucht, pragmatische Gespräche zu führen und aufeinander zuzugehen, um Lösungen zu finden.

Anita Biedert (SVP) präzisiert ihr Anliegen. Das Obligatorium für alle Lehrpersonen sowie die Schülerinnen und Schüler, am Breiten Testen teilzunehmen, könnte die von ihr angesprochene Problematik ein Stück weit entschärfen.

8. Miriam Locher: Corona an den Schulen 2

Miriam Locher (SP) ist klar, dass die bisherigen Massnahmen mit der Anschaffung von Luftfiltern nicht wegfallen und man weiterhin lüften und sich an die anderen verordneten Massnahmen halten muss. Hier geht es aber um die Frage, ob für jene Stufen, für die – abgesehen vom Testen – keine zusätzlichen Massnahmen angeordnet sind, z. B. Luftfilter angeschafft werden sollen. Zusatzfrage: *Unterstützt der Regierungsrat die private Anschaffung von Luftfiltern durch Lehrkräfte oder die Elternschaft?*

Landratspräsidentin **Regula Steinemann** (glp) informiert, dass die Frage bilateral geklärt werde.

9. Peter Hartmann: TNW: Reduktion der Gültigkeitsdauer von Mehrfahrtenkarten von 3 Jahren auf 1 Jahr

Keine Zusatzfragen.

10. Matthias Ritter: Wolf im Oberbaselbiet

Keine Zusatzfragen.

11. Caroline Mall: Warum ist bei vielen SchülerInnen das Fach Französisch oft so unbeliebt?

Caroline Mall (SVP) stellt eine Zusatzfrage: *Ist die Regierung willig, eine entsprechende Umfrage bei Schülerinnen und Schülern zu machen?* Zweite Zusatzfrage: *Ist die Regierung gewillt, ihre Frage 1 (Wie viele SchülerInnen erreichen im Fach Französisch den Notendurchschnitt 4,5) im Rahmen einer Interpellation zu beantworten?*

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) antwortet zur zweiten Zusatzfrage, dass die Regierung sehr wohl bereit dazu sei. Es braucht hierfür noch die datenrechtlichen Abklärungen. Zur ersten Zusatzfrage lautet die Antwort, dass Französisch ein Fach des Lehrplans ist und unterrichtet wird, unabhängig davon, ob man es gern hat oder nicht. Es gibt sprachaffine Schüler/innen, und solche, die es nicht sind. Die BKSD macht bei entsprechendem Auftrag durch den Landrat gerne Umfragen, aber es ist zu bezweifeln, ob dies einen Mehrwert bringt. Es wird stets bemängelt, dass an den Schulen zu viel Bürokratie herrscht. Genau solche Umfragen sind es, welche die Schulleitungen beschäftigen und als bürokratischen Aufwand empfinden.

12. Andrea Heger: Dokumentation bei Einsprachen

Andrea Heger (EVP) hat ihre Frage 3 offenbar missverständlich formuliert und stellt deshalb folgende Zusatzfrage: *Ist das Dokument als solches nachvollziehbar und transparent? Wäre es möglich, dass die Regierung im Verteiler künftig all jene Personen erwähnt, die das Schreiben erhalten haben?*

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) antwortet, dass es nicht nur um rechtliche Fragen gehe, sondern auch um die Praktikabilität, um den Aufwand und die Länge der Verfahren. Man kann es komplizierter oder einfacher abwickeln. Die Liste ist teils sehr lang. Bei 5G-Gesuchen gibt es teilweise serienweise Einsprachen, was zu riesigen Listen führen würde. Der Aufwand ist auch ohne das schon enorm. Der Votant glaubt, dass alle notwendigen Informationen vorhanden sind. Reklamationen sind ihm nicht bekannt. Man sollte es deshalb so lassen, wie es ist. Es würde nur alles viel aufwändiger machen, was der Länge der Verfahren nicht dienlich wäre.

://: Alle Fragen sind beantwortet.
